

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

SONDERGIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER EURO-ZONE ZU GRIECHENLAND

Der Präsident des Europäischen Rates *Hermann Van Rompuy* und die spanische Ratspräsidentschaft haben einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 10. Mai 2010 zur Lösung der griechischen Schuldenkrise angekündigt. Zuvor hatte Griechenland offiziell am 23.04.2010 die Aktivierung des von den Staats- und Regierungschefs auf dem Frühjahrgipfel beschlossenen Unterstützungsmechanismus (s. EB 6/10) beantragt. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds über ein Sparprogramm als Voraussetzung für die Gewährung der Hilfe (siehe auch den Beitrag des StMF).

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 19. – 21.04.2010 IN STRAßBURG

Wegen der Störungen im Flugverkehr durch den Vulkanausbruch in Island beschloss die Konferenz der Präsidenten am 19.04.2010, die Plenarsitzung um einen Tag zu verkürzen und die Abstimmungen auf das Miniplen am 05./06.05.2010 zu verschieben, da nur 440 von 736 Abgeordneten nach Straßburg kommen konnten. Schwerpunkte der Debatten war das Arbeitsprogramm der Kommission für 2010, das von Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* präsentiert wurde, die Abkommen mit den USA über Weitergabe von persönlichen Daten von Flugpassagieren und Bankgeschäften (SWIFT) sowie die geplante Vereinfachung der Vorschriften für die Regionalförderung. Zusätzlich wurde eine Aussprache über die Sperrung des Luftraums aufgrund der Aschewolke aus dem isländischen Vulkan Eyjafjallajökull auf die Tagesordnung gesetzt.

EUROPA 2020-STRATEGIE – EP FÜR ANNAHME ERST IM HERBST

Die Konferenz der Präsidenten hat am 23.04.2010 den Europäischen Rat (ER) aufgefordert, die Annahme der Europa 2020-Strategie (s. EB 05/10) auf den Herbst zu verschieben. Das EP weist darauf hin, dass es ansonsten nicht ge-



nug Zeit hat, die Vorschläge zu prüfen. Auch die deutschen Länder hatten eine sorgfältige Prüfung der Vorschläge gefordert (s. EB 06/10). Daher war die Festlegung des Bildungsziels auf den ER im Juni verschoben worden.

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten hat am 26.04.2010 eine politische Einigung über die künftige Struktur des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) auf der Basis des Vorschlages der Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik *Catherine Ashton* (siehe EB 06/10) erzielt. Allerdings hält die Kritik aus dem Europäischen Parlament an der geplanten Struktur für den EAD an. Derzeit ist fraglich, wann eine endgültige Einigung zwischen Rat, Parlament und Kommission erzielt werden kann.

Pressemitteilung zum Rat:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/114045.pdf

KROATIEN: MEHR ALS 50 % DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN VORLÄUFIG ABGESCHLOSSEN

In den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien wurde am 19.04.2010 in Brüssel die Verhandlung zu dem Kapitel über den freien Güterverkehr vorläufig abgeschlossen. Damit hat Kroatien nunmehr 18 von 35 Verhandlungskapiteln und damit mehr als die Hälfte der Verhandlungen vorläufig abgeschlossen. Kroatien beabsichtigt, die Verhandlungen bis zum Ende des Jahres fertig zu stellen. Derzeit sind fünf Kapitel noch nicht eröffnet worden. Als politisch besonders schwierig gilt das Kapitel zum Thema Justiz, Frieden und Sicherheit, das auch die Themen Organisierte Kriminalität und Korruption umfasst. Zudem müssen die Kapitel zur Wettbewerbspolitik, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zu institutionellen Fragen und zu „Sonstiges“ noch eröffnet werden.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 23.04.2010: INNENPOLITIK

SWIFT: Einigung über Mandat für neue Verhandlungen mit den USA

Entwicklung von SIS II wird unverändert fortgesetzt

Orientierungsdebatte zum EMRK-Beitritt der EU

Schlussfolgerungen über die Prävention von Waldbränden in der EU



Austauschprogramm für Polizeibeamte nach ERASMUS-Modell soll geschaffen werden

KOMMISSION SCHLÄGT AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG DES STOCKHOLMER PROGRAMMS VOR

Die Kommission hat ca. 170 Initiativen für die nächsten fünf Jahre angekündigt und hofft auf die Billigung durch den Rat und das Europäische Parlament. Die Vorhaben ähneln denen aus dem Arbeitsprogramm der Kommission vom 31.03.2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/447&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUGH: VERGABE RETTUNGSDIENSTLICHER LEISTUNGEN IN VIER BUNDESLÄNDERN EUROPARECHTSWIDRIG – BAYERN NICHT BETROFFEN

Der Europäische Gerichtshof hat der Klage der Kommission gegen Deutschland wegen der Praxis bei der Vergabe rettungsdienstlichen Leistungen insoweit stattgegeben, als die Vergabepaxis nach dem sog. Submissionsmodell in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als Verstoß gegen Europarecht eingestuft wurde. In Bayern und anderen Ländern werden rettungsdienstliche Leistungen nach dem sog. Konzessionsmodell vergeben. Damit ist Bayern von dem Urteil nicht betroffen (C-160/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

RAT STIMMT EU-WEITER FÖRDERBARKEIT DES WOHNUNGSBAUS FÜR ARME BEVÖLKERUNGSGRUPPEN AUS STRUKTURFONDSMITTELN ZU

Der Rat hat förmlich der vom Europäischen Parlament gebilligten Änderung der Verordnung über den Europäischen Regionalfonds zugestimmt. Praktisch geht es dabei um die Verbesserung der Lebensbedingungen für Roma in einigen EU-Staaten.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 23.04.2010 IN BRÜSSEL

Der Rat Justiz und Inneres befasste sich am 23.04.2010 im rechtspolitischen Teil mit einem sehr strittigen Legislativakt, der Europäischen Schutzanord-



nung, deren Rechtsgrundlage und Geltungsbereich weiterhin umstritten sind. Die weiteren Themen waren E-Justiz, der Aktionsplan zum Stockholmer Programm und Schlussfolgerungen zur Verhinderung von Wirtschaftskrisen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/113967.pdf

AKTIONSPLAN ZUM „STOCKHOLMER PROGRAMM“ VORGELEGT

Die Kommission hat am 20.04.2010 ihren Vorschlag für den Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms vorgelegt. Darin werden das Mehrjahresprogramm für die EU-Innen- und Justizpolitik für den Zeitraum 2010-2014 konkretisiert und die Planungen der Kommission in Bezug auf einzelne Vorhaben in zeitlicher Hinsicht dargestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/139&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VERKNÜPFUNG VON UNTERNEHMENSREGISTERN BEFÜRWORDET

Bei der Anhörung zum Grünbuch der Kommission über die Verknüpfung von Unternehmensregistern sprach sich die ganz überwiegende Mehrheit für eine Verknüpfung dieser Register in allen EU-Mitgliedstaaten aus.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/business_registers/2010_consultation_final_report_en.pdf

ACTA-ABKOMMEN GEGEN PRODUKTPIRATERIE VERÖFFENTLICHT

Die Kommission hat nach der achten Verhandlungsrunde zum ACTA-Abkommen in Wellington, Neuseeland, am 21.4.2010 den Verhandlungstext veröffentlicht.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/april/tradoc_146029.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ANTRAG GRIECHENLANDS AUF AKTIVIERUNG DES HILFSMECHANISMUS

Am 23.04.2010 hat Griechenland einen Antrag auf Hilfen der Euro-Mitgliedstaaten und des IWF gestellt. Der Präsident des Europäischen Rates, *Herman Van Rompuy*, hat einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs des Euroraumes bis spätestens 10.05.2010 angekündigt. Am 11.04.2010



waren die Mitgliedstaaten des Euroraumes übereingekommen, im ersten Jahr – neben IWF-Hilfen in Höhe von voraussichtlich 15 Milliarden Euro - bis zu 30 Milliarden Euro an bilateralen Krediten zu gewähren. Basis für die Finanzhilfen soll ein gemeinsames Programm sein, das die Kommission, die EZB und der IWF derzeit zusammen mit den griechischen Behörden erarbeiten. Dieses soll entsprechend der Vereinbarung des Europäischen Rates u. a. auch Auflagen für Griechenland vorsehen. Über die Hilfen müssen die Euro-Mitgliedstaaten nach der Erklärung des Europäischen Rates vom 25.03.2010 einstimmig entscheiden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/446&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EUROSTAT: NEUE DATEN ZU DEFIZIT UND VERSCHULDUNG 2009

Eurostat hat am 22.04.2010 neue Daten zu Defizit und Verschuldung im Jahr 2009 veröffentlicht. Das öffentliche Defizit für die Eurozone lag 2009 bei 6,3% des BIP, in der EU-27 bei 6,8%. Die höchsten öffentlichen Defizite hatten Irland (14,3%), Griechenland (13,6%), das Vereinigte Königreich (11,5%) und Spanien (11,2%). Griechenlands Defizit musste von 12,7 % auf 13,6 % deutlich nach oben korrigiert werden. Zudem meldet Eurostat Vorbehalte gegenüber der Qualität der gemeldeten Daten an. Der öffentliche Schuldenstand in der Eurozone ist von 69,4% (Ende 2008) auf 78,7% (Ende 2009) gestiegen, in der EU-27 von 61,6% auf 73,6%. Die höchsten Verschuldungsquoten hatten Italien (115,8%), Griechenland (115,1%) und Belgien (96,7%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/55&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

WESENTLICHE THEMEN DES INFORMELLEN TREFFENS DES ECOFIN-RATES AM 16./17.04.2010

Beim informellen Treffen des ECOFIN-Rates am 16./17.04.2010 wurden entsprechend dem informellen Charakter des Treffens keine förmlichen Ratschlussfolgerungen oder Ratsbeschlüsse gefasst. Ein zentrales Diskussions-thema war die Beteiligung des Finanzsektors an den durch die Finanzkrise verursachten Kosten. Eine internationale Einigung auf eine Finanztransaktionssteuer ist wenig wahrscheinlich. Die Tendenz geht derzeit stark in Richtung Bankenabgabe. Der Kommissar für Wirtschaft und Währung, *Olli Rehn*, stellte daneben seine Pläne für eine stärkere wirtschafts- und haushaltspolitische



Koordinierung vor. Die EU-Kommission plant neben Maßnahmen zur Verringerung von makroökonomischen Ungleichgewichten und Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere auch eine verstärkte - systematische und eingehende - Überprüfung und Evaluation der nationalen Haushalte.

http://www.eu2010.es/en/documentosynoticias/noticias/abr17_ecofin2.html

ENTWURF DES EU-HAUSHALTS 2011

Die EU-Kommission hat am 27.04.2010 den Entwurf des EU-Haushalts 2011 angenommen. Die Ausgaben im EU-Haushalt (Zahlungsermächtigungen) sollen sich im kommenden Jahr auf 130,1 Mrd. EUR belaufen (+5,9 %). Die Verpflichtungsermächtigungen, die den Betrag für mögliche neue finanzielle Verpflichtungen ausdrücken, wurden in Höhe von 142,6 Mrd. EUR veranschlagt (+ 2,2 %). Der Rat wird voraussichtlich im Juni zum Haushaltsentwurf Stellung nehmen, die Stellungnahme des Parlaments ist für Oktober geplant. Sollten sich Rat und Parlament nicht einigen können, kommt es zu einem Vermittlungsverfahren. Im November 2010 soll der Haushaltsplan 2011 vom Europäischen Parlament endgültig festgestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/468&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/budget/library/homepage/press_presentation_eu_draft_budget_2011_en.pdf

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ZAHLEN ZU DEN EU-AUSGABEN 2009

Die Kommission hat am 16.04.2010 die Zahlen zu den tatsächlichen EU-Ausgaben im Jahr 2009 veröffentlicht. Der EU-Haushalt 2009 weist demnach einen Überschuss von 2,25 Mrd. EUR auf. Dies entspricht 1,9% des Volumens des EU-Haushalts 2009. Die Überschüsse werden von den Beiträgen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt 2010 abgezogen. Der deutsche Beitrag zum EU-Haushalt 2010 verringert sich dadurch um 459,1 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/435&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

ENTSCHEIDUNG DES EUGH ZUM DEUTSCHEN ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUERRECHT

Das deutsche Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz (ErbStG) ist nach einer



Entscheidung des EuGH vom 22.04.2010 zum Teil nicht mit EU-Recht vereinbar, weil - vereinfacht dargestellt - Schenker und Beschenkte höhere Steuern zahlen müssen, wenn sie ihren Wohnsitz im Ausland haben. Nach Auffassung des EuGH verstößt eine Regelung, die einen geringeren Freibetrag vorsieht, wenn Schenker und Schenkungsempfänger zur Zeit der Schenkung ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat hatten, gegen das Recht auf freien Kapitalverkehr. Die mit der Regelung verbundene Beschränkung des Kapitalverkehrs könne auch nicht durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses objektiv gerechtfertigt werden.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-510/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-510/08)

KONSULTATION ZUR DOPPELBESTEuerung

Die EU-Kommission hat am 27.04.2010 eine öffentliche Konsultation zum Problem der Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten in der EU eingeleitet. Die Konsultation richtet sich an Privatpersonen, Unternehmen und Steuerberater und läuft bis 30.06.2010. Es soll festgestellt werden, in welchem Umfang Einkünfte oder Gewinne in zwei oder mehr Mitgliedstaaten besteuert werden und ob die bestehenden Mechanismen zur Vermeidung internationaler Doppelbesteuerung - wie Doppelbesteuerungsabkommen und nationale Steuervergünstigungen - in der Praxis funktionieren. Nach Abschluss der Konsultation wird die Kommission die eingegangenen Beiträge in einer Zusammenfassung veröffentlichen, die Antworten analysieren und ggf. Vorschläge unterbreiten.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2010_04_doubletax_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHE KOMMISSION STELLT STRATEGIE FÜR SAUBERE UND ENERGIEEFFIZIENTE FAHRZEUGE VOR

Die Europäische Kommission hat am 28.04.2010 ihr Strategiepapier zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen verabschiedet. Damit möchte sie die europäischen Automobilhersteller unterstützen, im internationalen Wettbewerb



eine Spitzenstellung in diesem Bereich einzunehmen. Hierfür schlägt sie vor, bis spätestens 2012 zahlreiche technische Normen für Fahrzeuge mit Elektro-, Wasserstoff- oder Brennstoffzellenantrieb festzulegen. Normen für Stecker zum schnellen Aufladen von Batterien in Elektroautos sollen bereits 2011 EU-weit verabschiedet werden. Eine internationale Normierung wird hier angestrebt. Noch für dieses Jahr kündigt die Kommission Leitlinien an, wie die Anschaffung energieeffizienter Fahrzeuge wettbewerbskonform gefördert werden kann. Hier wird an Zuschüsse oder Steuererleichterungen, bzw. eine EU-weit koordinierte Neuordnung der Kfz- und Energiesteuern, gedacht.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/files/pagesbackground/competitiveness/com-2010-186_de.pdf

KOMMISSION LEGT BERICHT ZU KOSTEN DES VULKANAUSBRUCHS FÜR DIE LUFTVERKEHRSINDUSTRIE VOR

Nach einer ersten Einschätzung, die die Kommission am 27.04.2010 vorgelegt hat, hat die Unterbrechung des Flugverkehrs in Folge des Ausbruchs des isländischen Vulkans Europas Fluggesellschaften, Flughäfen, Reiseanbietern und Dienstleistern in der Flugverkehrsbranche zwischen 1,5 und 2,5 Mrd. € gekostet. Dabei sind die Kosten in übrigen Wirtschaftsbereichen, wie etwa dem Hotelgewerbe, nicht berücksichtigt.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/kallas/headlines/news/2010/04/doc/information_note_volcano_crisis.pdf

RAT VERABSCHIEDET IN ERSTER LESUNG RICHTLINIEN ZUR GEBÄUDEENERGIEEFFIZIENZ UND ZUR ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNG

Der Rat der Bildungsminister hat am 14.04.2010 in erster Lesung eine gemeinsame Position zur Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz und zur Richtlinie zur Kennzeichnung von energierelevanten Produkten verabschiedet. Nachdem bezüglich beider Richtlinien bereits am 17.11.2009 eine Einigung im Trilog zwischen Rat, Parlament und Kommission erfolgte (s. EB 20/2009), wird erwartet, dass das Europäische Parlament den beiden Texten in seiner Plenarsitzung am 05. bzw. 06.05.2010 in zweiter Lesung zustimmen wird.



KOMMISSION VERABSCHIEDET NEUE VERTIKALE GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG

Die Europäische Kommission hat am 20.04.2010 eine neue Gruppenfreistellungsverordnung für Vereinbarungen zwischen Herstellern und Vertriebshändlern für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen verabschiedet. Die überarbeitete Fassung der sog. „Vertikal-Gruppenfreistellungsverordnung“ soll sicherstellen, dass Vereinbarungen zwischen Lieferanten und Händlern nicht den Wettbewerb verzerren. Neu ist vor allem, dass künftig Vereinbarungen von Unternehmen, die einen Marktanteil von 30 % überschreiten, nicht mehr vom allgemeinen Wettbewerbsrecht ausgenommen sind. Neu aufgenommen wurden zudem Regelungen für den Internethandel.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:102:0001:0007:DE:PDF>

KOMMISSION STELLT ERGEBNISSE DER KOHÄSIONSPOLITIK DER FÖRDERPERIODE 2000 – 2006 VOR

Die Europäische Kommission hat am 19.04.2010 einen Bericht zur Evaluierung der Ergebnisse der Förderung mit Kohäsionsmitteln im Zeitraum von 2000 – 2006 vorgelegt. Sie geht europaweit von ca. 1,5 Mio. neu geschaffenen Arbeitsplätzen aus, schätzt, dass rund 2000 km Autobahn gebaut wurden und 14 Mio. Bürger dank EU-geförderter Projekte besseres Trinkwasser haben. Von den 123 Mrd. € gingen rund 29,8 Mrd. € nach Deutschland.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/expost_reaction_en.htm

KOMMISSION KONSULTIERT ZUR ZUKUNFT DER KULTUR- UND KREATIVINDUSTRIEN

Die Europäische Kommission hat am 27.04.2010 eine Online-Konsultation mit dem Ziel eröffnet, das Potential der Kultur- und Kreativindustrien in der EU zu erschließen. In dem begleitenden Grünbuch weist sie darauf hin, dass diese Branche nur florieren und zu nachhaltigem und integrativem Wachstum beitragen könne, wenn der Zugang zu Kapital, insbesondere für die Kleinunternehmen, verbessert werde.

http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc2577_de.htm



EUROBAROMETER – EUROPÄER UND DIE NUKLEARE SICHERHEIT

Am 29.04.2010 hat die Kommission eine Eurobarometer-Umfrage „Europäer und die nukleare Sicherheit – Eurobarometer Spezial 324“ zur Einstellung der EU-Bürger zur Nutzung der Kernenergie sowie zu Fragen der Entsorgung von Kernabfällen veröffentlicht. Die Mehrheit der Europäer gibt u. a. an, dass die Risiken der Kernenergie die Vorteile überwiegen, 35 % sind anderer Ansicht. Nach dem Bericht befürwortet die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger (EU: 82 %; DEU: 84 %) EU-weit einheitliche Regeln für die Entsorgung von radioaktiven Abfällen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/doc/2010_eurobarometer_safety.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

SCHULOBSTPROGRAMM II: DEUTSCHLAND ERHÄLT 10 MIO. EUR

Am 29.04.2010 wurde von der Kommission der Zuteilungsplan für das zweite Schulobstprogramm für das Schuljahr 2010/2011 vorgestellt. Demnach wird Deutschland 10 Mio. EUR zur Verteilung von Schulobst an seinen Schulen erhalten. Die Bundesrepublik liegt damit hinter Italien, das 21 Mio. EUR erhält. Insgesamt stellt die Kommission 90 Mio. EUR für das Programm zur Verfügung.

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/fruitveg/sfs/index_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT JÜNGSTE PREISENTWICKLUNGEN BEI AGRAR-ROHSTOFFEN UND LEBENSMITTELN IN DER EU

Die Europäische Kommission hat die neuesten Preisentwicklungen für Agrarrohstoffe und Lebensmittel in der EU veröffentlicht. Ein gemischtes Bild zeigte sich bei den Preisen für die wichtigsten Agrarrohstoffe. Im Vergleich zu Februar 2010 sind die Preise für Magermilchpulver (+ 2%; D: + 1%), Käse (Edamer; +4 %; D: 0 %) und Geflügelfleisch (+7 %; D: 0 %) im März 2010 angestiegen, wohingegen die Preise für Weichweizen (-1 %; D: -3 %), Hartweizen (-3 %), Gerste (-1 %; D: -2 %), Butter (-2 %, D: +1 %), Rind- (-2 %; D: -3 %) und Schweinefleisch (-1 %, D: -3 %) gesunken sind. Agrarrohstoffpreise erreichten somit eine Höhe vergleichbar mit dem Niveau vor dem Preisschub. Die Verbraucherpreise bei Lebensmitteln hingegen blieben weiterhin relativ hoch, 10,1 % höher als im März 2007.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/markets/foodprices/food04_2010_en.p



[df](#)

ENTWURF DES EU-HAUSHALTS 2011, AGRARHAUSHALT BLEIBT STABIL

Die EU-Kommission hat am 27.04.2010 den Entwurf des EU-Haushalts 2011 angenommen. Prioritäten sind die Beschleunigung der Konjunktur, Investitionen im Jugendbereich und in die Infrastrukturen der Zukunft. Der Agrarhaushalt bleibt auf stabilem Niveau. Für die gemeinsame Agrarpolitik und die ländliche Entwicklung sind für 2011 Beihilfen in Höhe von 57,8 Mrd. EUR vorgesehen, das sind 25 Mio. EUR mehr als 2009 (siehe Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/468&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION GENEHMIGT STAATLICHE BEIHILFEN FÜR ÖSTERREICH UND BULGARIEN

Immer mehr Mitgliedstaaten nutzen die Möglichkeit, befristete staatliche Beihilfen von bis zu 15.000 EUR je Betrieb zu bezahlen. Jüngst wurden die Beihilferegulungen für Österreich und Bulgarien genehmigt, um Landwirten zu helfen, die im Zuge der Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind. Die deutsche Beihilferegulung wurde bereits im November 2009 genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/454&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/453&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPA 2020: EUROPÄISCHE KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR INTEGRIERTE LEITLINIEN VOR

Die Europäische Kommission hat am 27.04.2010 einen Vorschlag für Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten vorgelegt. Diese sind Teil der integrierten Leitlinien zu „Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, die die EU-Kommission am 03.03.2010 als Nachfolgeprogramm der Lissabon-Agenda vorgelegt hatte (s.



EB 05/2010). Zu den konkreten Empfehlungen zählen: 1) die Erhöhung der Beschäftigtenquote und der Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit, 2) die Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen, die Förderung der Arbeitsplatzqualität und des lebenslangen Lernens, 3) die Steigerung der Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zu Hochschulbildung sowie 4) die Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut. Die weiteren sechs Leitlinien betreffen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union.

http://ec.europa.eu/eu2020/index_en.htm

EP: BESCHÄFTIGUNGSAUSSCHUSS FÜR EINBEZIEHUNG VON SELBSTSTÄNDIGEN IN ARBEITSZEITRICHTLINIE FÜR DAS TRANSPORTGEWERBE

Der federführende Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hat am 28.04.2010 den Vorschlag der Europäischen Kommission abgelehnt, Selbstständige aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, auszunehmen. Über die einzelnen weiteren Änderungsanträge an dem vorliegenden Bericht der slowakischen Berichterstatterin *Edith Bauer* (EVP) wurde infolgedessen nicht mehr abgestimmt. Pläne zur Ausdehnung der Lenk- und Ruhezeitenverordnung auf Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen waren im Vorfeld zurückgezogen worden. Die Abstimmung im EP-Plenum findet voraussichtlich im Juni 2010 statt. Das EP hatte bereits im Vorjahr zum ersten Mal gegen den Kommissionsvorschlag gestimmt (s. EB 09/2009). Zur Änderung der bestehenden EU-Vorschriften für Berufskraftfahrer aus dem Jahr 2002 ist eine Einigung zwischen Rat und EP erforderlich.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=COMPARL&mode=XML
&language=EN&reference=PE431.059](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=COMPARL&mode=XML&language=EN&reference=PE431.059)

PRODUKTSICHERHEIT: SPIELZEUG AUS CHINA FÜHRT NACH RAPEX-JAHRESBERICHT DIE LISTE DER GEFÄHRLICHEN PRODUKTE AN

Die EU-Kommission hat am 15.04.2010 den Jahresbericht des Frühwarnsystems der EU für gefährliche Produkte vorgelegt. Danach ist die Zahl der über „RAPEX“ („Rapid Alert System for non-food consumer products“) ergangenen Warnungen 2009 gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent gestiegen. Rund



ein Drittel der insgesamt 1993 eingegangenen Warnungen betrafen Spielzeuge, häufig genannt wurden zudem Textilien, Fahrzeuge und Elektroartikel. Nach Informationen der Kommission stammten die meisten gefährlichen Produkte von außerhalb der EU aus China, Taiwan und der Türkei. Im Vergleich zum Startjahr 2004 hat sich die Zahl der RAPEX-Meldungen mehr als vervierfacht.

http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index_en.htm

EUGH: SCHLUSSANTRAG ZUR ZULÄSSIGKEIT VON TARIFLICH FESTGELEGTE ALTERSRENZEN

Tariflich festgelegte Altersgrenzen bilden im Regelfall wohl keinen Verstoß gegen die EU-Rechtsvorschriften zum Verbot der Altersdiskriminierung. Dies geht aus einem Schlussantrag der zuständigen Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) *Verica Trstenjak* hervor, der am 28.04.2010 vorgelegt wurde. In einem Vorabentscheidungsersuchen des Arbeitsgerichts Hamburg (Rechtssache C-45/09) sollte der Gerichtshof klären, ob eine Regelaltersgrenze für eine gesetzliche Rente, die in einem Tarifvertrag vereinbart worden ist, mit den Bestimmungen zur Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf nach der Richtlinie 2000/78/EG vereinbar ist. Die so genannte „Rahmenrichtlinie Beschäftigung“ wurde in Deutschland durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 umgesetzt. Beim Vorliegen sachlicher Gründe für die Altersgrenze wie z.B. die Entlastung des Arbeitsmarkts liege keine unzulässige Altersdiskriminierung vor, so das Fazit der Generalanwältin. Die Richter des EuGH sind in ihrem Urteil an Schlussanträge nicht gebunden, folgen ihnen jedoch in der Mehrzahl der Fälle. In der vorliegenden Rechtssache wird das Urteil für Sommer 2010 erwartet.

<http://curia.europa.eu>

EU-KOMMISSION: KAMPAGNE ZUM GESUNDHEITSSCHUTZ AM ARBEITSPLATZ 2010/2011 GESTARTET

Die EU-Kommission hat am 28.04.2010 die Kampagne „Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2010/2011“ eröffnet. Organisiert wird diese von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem EU-Ratsvorsitz. Hintergrund der Aktion sind nach Informationen der Kommission Fehler bei der Instandhaltung und schlechte Wartungsstandards am Arbeitsplatz, die für etwa



zehn bis 15 Prozent aller tödlichen Unfälle im Beruf verantwortlich seien. EU-weit sterben nach Angaben der Kommission jährlich rund 167.000 Menschen durch arbeitsplatzbedingte Unfälle oder Krankheiten. Eine der wichtigsten Aktivitäten der Kampagne ist ein Wettbewerb für vorbildliche praktische Lösungen im Bereich der sicheren Instandhaltung.

<http://osha.europa.eu/en/campaigns>

EUROBAROMETER: UMFragen ZU ALKOHOLKONSUM UND ZUFRIEDENHEIT MIT DER QUALITÄT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Nach einer am 21.04.2010 veröffentlichten im Auftrag der Kommission durchgeführten Eurobarometer-Erhebung sind Alkoholexzesse, definiert als der Konsum von fünf oder mehr alkoholischen Getränken hintereinander, in der EU weit verbreitet. Am häufigsten kommen sie unter jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren vor. Außerdem gaben 36 Prozent der befragten Deutschen an, mindestens einmal in der Woche exzessiv zu trinken. Damit liegen sie, gleichauf mit den Österreichern, über dem EU-Durchschnitt von 29 Prozent. Nach einer weiteren, am 16.04.2010 veröffentlichten Eurobarometer-Erhebung zur Patientensicherheit und Qualität der medizinischen Versorgung fühlen sich deutsche Patienten in ihrem Gesundheitswesen besser versorgt als andere EU-Bürger. Durchschnittlich 70 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass die Qualität der medizinischen Versorgung in ihrem Land gut sei. Dabei sind jedoch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede festzustellen: Während z.B. 97 Prozent der Belgier und 86 Prozent der Deutschen die Qualität der medizinischen Versorgung im eigenen Land für gut befinden, vertreten in Griechenland und Rumänien nur 25 Prozent der Befragten diese Ansicht (s. dazu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG).

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_327_de.pdf

http://ec.europa.eu/health/alcohol/docs/ebs_331_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR INTEGRIERTE LEITLINIEN ZU EUROPA 2020 VOR, DIE AUCH DEN BILDUNGSBEREICH BETREFFEN

Die Kommission hat am 27.04.2010 einen Vorschlag für integrierte Leitlinien zu Europa 2020 vorgelegt, die sich aus Leitlinien für beschäftigungspolitische



Maßnahmen und Grundzügen der Wirtschaftspolitik zusammensetzen. Der Bildungsbereich ist insbesondere von zwei beschäftigungspolitischen Leitlinien erfasst, nämlich der Leitlinie „Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen, Förderung der Arbeitsplatzqualität und des lebenslangen Lernens“ und der Leitlinie „Steigerung der Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung“ (s. Beitrag in diesem Europabericht im Geschäftsbereich StMAS).

http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/recommandation_de.pdf

http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/proposition_de.pdf

EU-BILDUNGSKOMMISSARIN VASSILIOU WIRBT IM EP-BILDUNGSAUSSCHUSS FÜR DIE INITIATIVE „JUGEND IN BEWEGUNG“ UND KÜNDIGT EU-SPORTPOLITIK AN

EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* warb im Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments für die EU-Initiative „Jugend in Bewegung“, zu der im Juni 2010 eine Mitteilung der Kommission veröffentlicht werden soll. Die Kommission ziehe die Entwicklung eines neuen, integrierten Programms zur Förderung der Mobilität im Bildungsbereich in Erwägung, um den im Rahmen der EU-Bildungsprogramme bestehenden Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Einige Mitglieder des Bildungsausschusses äußerten Zweifel an der Notwendigkeit der Initiative „Jugend in Bewegung“. *Vassiliou* kündigte außerdem an, dass die Kommission im November 2010 eine Mitteilung zum Sportbereich veröffentlichen und für 2011 vorbereitende Maßnahmen entwickeln werde, auf deren Grundlage für 2012 und 2013 ein Sportprogramm angenommen werden solle.

INFORMELLE TAGUNG DER EUROPÄISCHEN SPORTMINISTER AM 20./21.04.2010

Den Schwerpunkt des informellen Treffens der Sportminister am 20./21.04.2010 in Madrid bildete die Frage nach den Prioritäten der europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Sports. Die Kommission stellte anhand eines Non-Papers ihre Prioritäten für eine neue EU-Sportagenda sowie für das angestrebte Sportprogramm 2012 - 2013 vor und betonte, dass angesichts der begrenzten Finanzmittel eine Fokussierung auf wenige Prioritäten notwendig sei. Die Delegationen stellten die große Bedeutung des Sports für die soziale



Integration, die Jugend- und die Gesundheitsförderung sowie für den Kampf gegen Doping und Wettbetrug heraus. Deutschland betonte, dass die Voraussetzung eines europäischen Mehrwertes nicht nur für Fördermaßnahmen, sondern für alle Maßnahmen der angestrebten Sportagenda gelte. Außerdem sei keine Notwendigkeit für europäische Aktivitäten zur Unterstützung der Rolle des Sports in der Bildung gegeben. Belgien nannte als Schwerpunkte seiner Präsidentschaft die Zusammenarbeit mit der Kommission bei der Erarbeitung der angekündigten Mitteilung; inhaltlich sei eine Konzentration auf den Bereich der Bildung, Dopingbekämpfung und soziale Integration geplant.

Die Kommission führt im Internet bis 01.06.2010 eine Konsultation durch, deren Ergebnisse in ihre Mitteilung zur EU-Sportpolitik einfließen sollen:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

KOMMISSIONSMITTEILUNG: „SIMPLIFYING THE IMPLEMENTATION OF THE RESEARCH FRAMEWORK PROGRAMMES“

Am 29.04.2010 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung „Simplifying the Implementation of the Research Framework Programmes“. Ziel ist es, Transparenz in die Forschungsförderung zu bringen und die Attraktivität durch drei Maßnahmengruppen zu stärken: Die Anwendung der bestehenden Regeln sollen gebündelt und angepasst werden, u.a. wurde für die Anerkennung von Personaldurchschnittskosten sowie für Abschlags- und Pauschalfinanzierung eingetreten. Die (nahezu revolutionäre) Abkehr von der kosten- zur ergebnisorientierten Förderung wurde für künftige Förderformen in Aussicht gestellt.

Flankiert wird die Mitteilung durch die Einrichtung einer unabhängigen Expertengruppe zum gegenwärtigen 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP). Bis zum Herbst soll diese Gruppe unter dem Vorsitz des Generaldirektors des Schwedischen Forschungsrats für Umwelt, Agrarwissenschaften und Raumplanung, *Rolf Annerberg*, zu Fragen der Ausgestaltung, der Durchführung und der Wirkung des FRP Stellung nehmen.

http://ec.europa.eu/research/fp7/pdf/communication_on_simplification_2010_en.pdf#view=fit&pagemode=none

ZUKUNFT DER FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSFÖRDERUNG

Als Vorabpräsentation der Kommissionsmitteilung „Simplifying the



Implementation of the Research Framework Programmes“ erläuterte die Kommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* am 28.04.2010 dem Ausschuss des Europäischen Parlamentes für Industrie, Forschung und Energie die Ziele und Hintergründe der Mitteilung und stellte sich einer Strategiediskussion zur zukünftigen Förderung von Forschung und Innovation.

Die Kommissarin trat für die gemeinsame Programmplanung von Mitgliedstaaten und EU ein, berichtete von der Evaluierung des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) und kündigte den diesbezüglichen Abschlussbericht für September an, dessen Ergebnisse in die Planungen zum 2014 startenden 8. FRP einfließen. MdEP Dr. *Angelika Niebler* lobte die Bestrebungen zur Harmonisierung der Regelwerke und zur generellen Verfahrensvereinfachung und regte an, dass die Kommission mehr Aufwand für die Kommunikation der Leistungen und Förderungen des Europäischen Forschungsraumes betreiben müsse.

REACHING OUT BEYOND EUROPE – ZWEITÄGIGER KONGRESS ZUR EU-FÖRDERUNG FÜR INTERNATIONALE KOOPERATION IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Der Einladung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen in die Bayerischen Vertretung unter dem Titel „Reaching out beyond Europe – EU Programmes for Higher Education and Research“ folgten fast 200 Wissenschaftler. Die zweitägige Konferenz vom 22. und 23.04.2010 wurde durch Staatsminister Dr. *Wolfgang Heubisch*, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eröffnet. Es folgten Fachvorträge, Workshops und eine abschließende Podiumsdiskussion, bei der die gegenwärtigen Fördermöglichkeiten der EU zur Internationalisierung dargestellt, Best-Practice-Beispiele ausgetauscht und Internationalisierungsstrategien erörtert wurden.

<http://eu.daad.de/eu/drittlandkooperationen/veranstaltungen/12994.html>

POTENZIAL DER KULTUR- UND KREATIVINDUSTRIEN – ONLINE KONSULTATION DER KOMMISSION GESTARTET

Die Kommission stellte am 27.04.2010 das öffentliche Konsultationsverfahren über das Potenzial der Kultur- und Kreativindustrien online. Um die schnell wachsende Branche in ihren Bedürfnislagen und Meinungen zu erfassen, sollen bis Ende Juli tragfähige Ideen und Beiträge von Bürgern sowie staatlichen



und nicht-staatlichen Organisationen für die Bereiche darstellende und angewandte Kunst, Kulturerbe, Film, Fernsehen und Radio, Musik, Verlagswesen, Videospiele, neue Medien, Architektur, Design, Mode sowie Werbung erfasst werden.

http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc2577_de.htm

ÖFFENTLICHE EVALUATION DES WEBAUFTRITTS DER KOMMISSION

Im Bestreben um eine nutzerorientierte Optimierung, stellt sich die Kommission dem Votum der Benutzer. Zur Bewertung von Übersichtlichkeit und Effektivität in der Dokumentrecherche werden die Leser gebeten, den umfangreichen Internetauftritt unter folgender Adresse zu bewerten:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=EUresearch4SD>.

BEWERBUNGSAUFRUF FÜR EXPERTENGRUPPE IM BEREICH DER STAMMZELLENFORSCHUNG

Bis zum 09.07.2010 besteht die Bewerbungsmöglichkeit für Stammzellenforscher, um einem seit 2009 aus Mitteln des 7. FRP geförderten Konsortium beizutreten.

<http://www.eurosystemproject.eu/news>

PROGRAMM FÜR LEBENSLANGES LERNEN: ANTRAGSSTELLUNG ZUR ZUERKENNUNG DER ERASMUS-HOCHSCHULCHARTA

Bis zum 30.06.2010 können Hochschulen bei der Exekutivagentur für „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ Anträge zur Zuerkennung der Erasmus-Hochschulcharta stellen. Neben den Mitgliedstaaten der EU-27, den EFTA/EER-Ländern sind erstmalig auch die Türkei, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien antragsberechtigt.

http://eacea.ec.europa.eu/llp/funding/2011/call_erasmus_university_charter_en.php

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

RAT VERABSCHIEDET IN ERSTER LESUNG RICHTLINIEN ZUR GEBÄUDEENERGIEEFFIZIENZ UND ZUR ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNG

Der Rat der Bildungsminister hat am 14.04.2010 in erster Lesung eine ge-



meinsame Position zur Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz und zur Richtlinie zur Kennzeichnung von energierelevanten Produkten verabschiedet. Nachdem bezüglich beider Richtlinien bereits am 17.11.2009 eine Einigung im Trilog zwischen Rat, Parlament und Kommission erfolgte (s. EB 20/2009), wird erwartet, dass das Europäische Parlament den beiden Texten in seiner Plenarsitzung am 05. bzw. 06.05.2010, in zweiter Lesung zustimmen wird (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

EUROBAROMETER – EUROPÄER UND DIE NUKLEARE SICHERHEIT

Am 29.04.2010 hat die Kommission eine Eurobarometer-Umfrage „Europäer und die nukleare Sicherheit –Eurobarometer Spezial 324“ zur Einstellung der EU-Bürger zur Nutzung der Kernenergie sowie zu Fragen der Entsorgung von Kernabfällen veröffentlicht. Die Mehrheit der Europäer gibt u. a. an, dass die Risiken der Kernenergie die Vorteile überwiegen, 35 % sind anderer Ansicht. Nach dem Bericht befürwortet die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger (EU: 82 %; DEU: 84 %) EU-weit einheitliche Regeln für die Entsorgung von radioaktiven Abfällen.

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/doc/2010_eurobarometer_safety.pdf

EUROPÄISCHE KOMMISSION STELLT STRATEGIE FÜR SAUBERE UND ENERGIEEFFIZIENTE FAHRZEUGE VOR

Die Europäische Kommission hat am 28.04.2010 ihr Strategiepapier zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen verabschiedet. Damit möchte sie die europäischen Automobilhersteller unterstützen, im internationalen Wettbewerb eine Spitzenstellung in diesem Bereich einzunehmen. Hierfür schlägt sie vor, bis spätestens 2012 zahlreiche technische Normen für Fahrzeuge mit Elektro-, Wasserstoff- oder Brennstoffzellenantrieb festzulegen. Normen für Stecker zum schnellen Aufladen von Batterien in Elektroautos sollen bereits 2011 EU-weit verabschiedet werden. Eine internationale Normierung wird hier angestrebt. Noch für dieses Jahr kündigt die Kommission Leitlinien an, wie die Anschaffung energieeffizienter Fahrzeuge wettbewerbskonform gefördert werden kann. Hier wird an Zuschüsse oder Steuererleichterungen bzw. eine EU-weit koordinierte Neuordnung der Kfz- und Energiesteuern, gedacht (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/files/pagesbackground/competitiveness/com-2010-186_de.pdf



KOMMISSION STELLT ERGEBNISSE DER KOHÄSIONSPOLITIK DER FÖRDERPERIODE 2000 – 2006 VOR

Die Europäische Kommission hat am 19.04.2010 einen Bericht zur Evaluierung der Ergebnisse der Förderung mit Kohäsionsmitteln im Zeitraum von 2000 – 2006 vorgelegt. Sie geht europaweit von ca. 1,5 Mio. neu geschaffenen Arbeitsplätzen aus, schätzt, dass rund 2000 km Autobahn gebaut wurden und 14 Mio. Bürger dank EU-geförderter Projekte besseres Trinkwasser haben. Von den 123 Mrd. € gingen rund 29,8 Mrd. € nach Deutschland (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/expost_reaction_en.htm

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 19. – 21.04.2010 - ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner verkürzten Tagung in Straßburg vom 19. bis 21.04.2010 u. a. eine Schriftliche Erklärung zur Bekämpfung von Brustkrebs in der EU angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+WDECL+P7-DCL-2009-0071+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

GESUNDHEITSBEHÖRDEN DÜRFEN GÜNSTIGERE ARZNEIMITTEL FÖRDERN

Mit Urteil vom 22.04.2010 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass staatliche Gesundheitsbehörden Ärzten finanzielle Vorteile anbieten dürfen, um Anreize für die Verschreibung preisgünstigerer Arzneimittel zu schaffen. Dabei müssen die Behörden jedoch sicherstellen, dass solche nationalen Regelungen auf objektiven Kriterien beruhen und inländische Arzneimittel gegenüber Medikamenten aus anderen Mitgliedstaaten nicht bevorzugt werden. Außerdem seien die zugrunde liegenden therapeutischen Bewertungen zu veröffentlichen und der Pharmaindustrie entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurftp=jurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnrec=all>



[docnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-62%2F09&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](#)

MEHR PATIENTENSICHERHEIT DURCH EU-WEITE DATENBANK FÜR MEDIZINPRODUKTE (EUDAMED)

Nach dem Beschluss der Kommission vom 19.04.2010 (2010/227/EU) sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet, ab dem 01.05.2011 die bisher von einigen Ländern nur auf freiwilliger Ebene genutzte Europäische Datenbank für Medizinprodukte namens Eudamed zu verwenden. Dies soll den raschen Informationsaustausch zwischen den mitgliedsstaatlichen Behörden erleichtern und sie in eine bessere Lage versetzen, um auf Sicherheitsrisiken reagieren zu können, indem sie z. B. die Rücknahme eines Medizinproduktes vom Markt anordnen. Die Verbesserung der Marktüberwachung und Erhöhung der Transparenz stellen aus Sicht der Kommission einen wichtigen Beitrag zu mehr Patientensicherheit in diesem Bereich dar. Zugleich wird mittels der Datenbank das Anmeldeverfahren für In-vitro-Diagnostika vereinfacht.

Beschluss:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:102:0045:0048:DE:PDF>

Weitere Informationen zu Eudamed:

<http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/medical-devices/market-surveillance-vigilance/eudamed/>

DEUTSCHE SEHR ZUFRIEDEN MIT EIGENEM GESUNDHEITSWESEN

Nach einer am 16.04.2010 veröffentlichten Eurobarometer-Erhebung zur Patientensicherheit und Qualität der medizinischen Versorgung fühlen sich deutsche Patienten in ihrem Gesundheitswesen besser versorgt als andere EU-Bürger in ihren Heimatländern. Durchschnittlich 70 % der in der EU Befragten sind der Auffassung, dass die Qualität der medizinischen Versorgung in ihrem Land gut sei. Dabei sind jedoch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede festzustellen: während z. B. 97 % der Belgier und 86 % der Deutschen die Qualität der medizinischen Versorgung im eigenen Land für gut



befinden, vertreten in Griechenland und Rumänien nur 25 % der Befragten diese Ansicht. Die Ergebnisse der Umfrage wurden anlässlich des Europäischen Tages der Patientenrechte veröffentlicht, der jedes Jahr am 18.04. stattfindet und der auf die Bedeutung des Schutzes der Rechte von Patienten aufmerksam machen soll.

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_327_de.pdf

EXZESSIVER ALKOHOLKONSUM DER DEUTSCHEN ÜBER EU-DURCHSCHNITT

Nach einer am 21.04.2010 veröffentlichten im Auftrag der Kommission durchgeführten Eurobarometer-Erhebung sind Alkoholexzesse, definiert als der Konsum von fünf oder mehr alkoholischen Getränken hintereinander, in der EU weit verbreitet. Am häufigsten kommen sie unter jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren vor. Außerdem gaben 36 % der befragten Deutschen an, mindestens einmal in der Woche exzessiv zu trinken. Damit liegen sie, gleichauf mit den Österreichern, über dem EU-Durchschnitt von 29 %. Nur die Iren (44 %) und die Rumänen (39 %) weisen einen noch höheren Anteil auf.

Eurobarometer-Erhebung:

http://ec.europa.eu/health/alcohol/docs/ebs_331_en.pdf

Weitere Informationen über die Alkoholpolitik der EU:

http://ec.europa.eu/health/alcohol/policy/index_en.htm

EU-KOMMISSION: KAMPAGNE ZUM GESUNDHEITSSCHUTZ AM ARBEITSPLATZ 2010/2011 GESTARTET

Die EU-Kommission hat am 28.04.2010 die Kampagne „Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2010/2011“ eröffnet. Organisiert wird diese von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem EU-Ratsvorsitz. Hintergrund der Aktion nach Informationen der Kommission Fehler bei der Instandhaltung und schlechte Wartungsstandards am Arbeitsplatz, die für etwa zehn bis 15 Prozent aller tödlichen Unfälle im Beruf verantwortlich seien. EU-weit sterben nach Angaben der Kommission jährlich rund 167.000 Menschen durch arbeitsplatzbedingte Unfälle oder Krankheiten. Eine der wichtigsten Aktivitäten der Kampagne ist ein Wettbewerb für vorbildliche praktische Lösungen im Bereich der sicheren Instandhaltung (s. hierzu den Beitrag des StMAS in diesem EB).



<http://osha.europa.eu/en/campaigns>

SCHULOBSTPROGRAMM II: DEUTSCHLAND ERHÄLT 10 MIO. EUR

Am 29.04.2010 wurde von der Kommission der Zuteilungsplan für das zweite Schulobstprogramm im Schuljahr 2010/2011 vorgestellt. Demnach wird Deutschland 10 Mio. EUR zur Verteilung von Schulobst an seinen Schulen erhalten. Die Bundesrepublik liegt damit hinter Italien, das 21 Mio. EUR erhält. Insgesamt stellt die Kommission 90 Mio. EUR für das Programm zur Verfügung. Im zweiten Jahr des Schulobstprogramms nehmen 25 der 27 Mitgliedstaaten an den Maßnahmen teil. Das Gesamtbudget der Kommission von 90 Mio. EUR wird durch nationale und private Mittel ergänzt. Italien (21 Mio.), Deutschland (10 Mio.), Rumänien (9,6 Mio.) und Polen (9,2 Mio.) erhalten die höchsten Zuwendungen, Finnland und Schweden nehmen nicht an dem Programm teil (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/fruitveg/sfs/index_en.htm

PRODUKTSICHERHEIT: SPIELZEUG AUS CHINA FÜHRT NACH RAPEX-JAHRESBERICHT DIE LISTE DER GEFÄHRLICHEN PRODUKTE AN

Die EU-Kommission hat am 15.04.2010 den Jahresbericht des Frühwarnsystems der EU für gefährliche Produkte vorgelegt. Danach ist die Zahl der über „RAPEX“ („Rapid Alert System for non-food consumer products“) ergangenen Warnungen 2009 gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent gestiegen. Rund ein Drittel der insgesamt 1993 eingegangenen Warnungen betrafen Spielzeuge, häufig genannt wurden zudem Textilien, Fahrzeuge und Elektroartikel. Nach Informationen der Kommission stammten die meisten gefährlichen Produkte von außerhalb der EU aus China, Taiwan und der Türkei. Im Vergleich zum Startjahr 2004 hat sich die Zahl der RAPEX-Meldungen mehr als vervierfacht (s. hierzu den Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index_en.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

TELEKOMMUNIKATIONSMINISTER VERABSCHIEDEN „GRANADA-ERKLÄRUNG“ ZUR DIGITALEN AGENDA

Die Telekommunikationsminister einigten sich unter dem Vorsitz des spanischen Ministers für Industrie, Tourismus und Handel, *Miguel Sebastian* im



Rahmen eines informellen Treffens in Granada vom 18.-19.04.2010 auf eine europäische digitale Strategie. Hauptziel ist die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes, der Europa aus der wirtschaftlichen Krise führen soll. In einer gemeinsamen Erklärung legten die Minister Leitlinien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas fest. Diese sollen den digitalen Technologien als Wachstumsmotor Rechnung tragen und die Bedeutung des Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) -sektors besonders hervor heben. Diese sog. „Granada-Strategie“ soll in eine Mitteilung der Kommission zur Digitalen Agenda einfließen, die Kommissarin *Neelie Kroes* am 12.05.2010 als erste von insgesamt sieben Leitinitiativen innerhalb der Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum Europa 2020 vorlegen möchte. Nach den Planungen der spanischen Präsidentschaft sollen die Telekommunikationsminister im Rat am 31.05.2010 eine Entschließung zu den Telekommunikationsaspekten zur Vorlage für den Juni-Rat fassen.

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Ministerios/en_declaracion_granada.pdf

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

BARROSO SETZT „RAT DER WEISEN“ ZUR DIGITALISIERUNG DES EUROPÄISCHEN KULTURERBES EIN

Der Präsident der Europäischen Kommission *José Manuel Barroso* hat am 21.04.2010 ein unabhängiges Gremium eingesetzt, das sich den rechtlichen Herausforderungen der Digitalisierung des europäischen Kulturerbes widmen soll. In diesen sogenannten „Rat der Weisen“ berufen wurden für Deutschland die Generaldirektorin der Deutschen Nationalbibliothek *Elisabeth Niggemann*, außerdem der belgische Autor *Jacques De Decker* sowie *Maurice Lévy*, Vorstand des französischen Werbedienstleisters und multinationalen Medienkonzerns *Publicis*. Aufgabe des Gremiums ist die Erarbeitung von Vorschlägen zur beschleunigten Digitalisierung des kulturellen Erbes Europas für die Kommissarinnen *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) und *Androulla Vassiliou* (Bildung, Kultur, Multilingualismus und Jugend) bis zum Jahresende.

<http://www.europeana.eu/portal/>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/digital_libraries/timeline/index_en.htm